

Berlin durchs Gedächtnis geteilt Polen, Deutsche und historische Diskussionen nach dem Fall der Berliner Mauer

20 Jahre nach dem Mauerfall treffen sich in der deutschen Hauptstadt Vergangenheit und Gegenwart fast auf Schritt und Tritt. Die historische Wende im Jahre 1989 führte gleichzeitig zu einem neuen Blick auf viele Aspekte der schwierigen Vergangenheit an der Spree. Seit dem Mauerfall finden in Berlin im Endeffekt ununterbrochen historische Debatten statt.

Enorme Emotionen waren vor allem mit der Diskussion über das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas¹ verbunden. Davon zeugt wenigstens die Tatsache, dass über diese Idee in Deutschland seit über zehn Jahren diskutiert wurde. Die Ideengeberin war Lea Rosh, eine Publizistin, die ihr Projekt bereits am 24. August 1988 öffentlich vorgelegt hat (Pięciak 2002a: 208). Diese Idee wurde jedoch von Anfang an in vielen Kreisen kritisiert. Die meisten Emotionen hat die Frage hervorgerufen, ob das Denkmal nur dem jüdischen Volk oder auch anderen Opfern des Nationalsozialismus gewidmet werden soll. Diese Idee fand jedoch die Anerkennung beim Bundeskanzler Kohl, der der Geschichtspolitik viel Aufmerksamkeit der historischen Politik schenkte. Nach Wojciech Pięciak zur Folge unterstützte Kohl die Initiative von Lea Rosh nicht aus Überzeugung, sondern aus politischem Kalkül, weil er meinte, dass dies die Staatsräson verlange (Pięciak 2002a: 211). Nach langjährigen Auseinandersetzungen über diese Konzeption hat man sich schließlich für den Entwurf der Amerikaner Peter Eisenman und Richard Serra entschieden, der 1998 aus diesem Projekt ausschied. Das in der Nähe des Brandenburger Tores errichtete Denkmal besteht aus 2711 Stelen mit einer Höhe von 20 cm bis zu 4,7m und nimmt eine Fläche von 19 Tausend Quadratmetern ein.² Die deutsche Regierung setzte über 27 Millionen Euro für den Bau an. Peter Eisenman betonte den offenen Charakter des Denkmals. „Meine Ambition war es, einen Platz zu schaffen, der einzigartig in der ganzen Welt ist.“ – versicherte der Architekt (Rubinowicz-Gründler 2005a: 16).

¹ Abkürzung: Holocaust-Mahnmal.

² Mehr Informationen über das Berliner Museum gibt es auf der offiziellen Seite „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“: <http://www.holocaust-mahnmal.de/>. Zugriff am 29.10.2009.

Die Entstehung eines merkwürdigen Denkmals im Zentrum Berlins wird sicherlich die deutsche Diskussion über den Holocaust nicht beenden. Jedoch ohne Rücksicht auf zahlreiche Kontroversen, die diese heiße Diskussion begleiteten (Gysi 2005: 108-109), ist das Denkmal, das an die Ermordung von ein paar Millionen Juden erinnert, in gewissem Sinne eine Zusammenfassung der deutschen stürmischen Debatten über die Vergangenheit, die in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts stattfanden. Nach Kazimierz Wóycicki zeugte schon die Entscheidung selbst über den Bau des Denkmals von der Bereitschaft der Deutschen, das Gedächtnis an den Holocaust als ein wichtiges Element des historischen Bewusstseins anzuerkennen (Wóycicki 2003: 89). Joachim Trenkner dagegen meint, dass die Zustimmung zum Bau des Denkmals zeigt, dass es „keine Diskrepanz zwischen dem historischen Bewusstsein und dem Gefühl der Souveränität dieser neuen ‚Berliner Republik‘“ geben muss (Trenkner 2004: 157).

An der Spree entstehen ständig neue Gedenkstätten, die vor allem den Opfern des zweiten Weltkriegs gewidmet sind. Stefan Berg und Henryk M. Broder meinen jedoch, dass auf diese Weise eine Hierarchie der Opfer des nazistischen Regimes entstehe, die – während sie an das Schicksal der einen erinnert, die anderen vergesse (Berg, Broder 2004: 128). Wie sie behaupten, gewinnt hier der „zynische Satz“ „Jedem das Seine“ aus dem Konzentrationslager in Buchenwald eine neue Bedeutung (Berg, Broder 2004: 129). Deshalb dachten die Publizisten, während sie die Debatte über das Holocaust-Mahnmal kommentierten, den Sinn der Bildung eines Gedächtnisortes, der nur dem Holocaust geweiht ist, nach. „Ist es nicht absurd, dass nun jede Opfergruppe ihr eigenes Mahnmal will?“ – fragen sie rhetorisch, während sie gleichzeitig suggerieren, dass die Bildung eines Denkmals für alle Opfer des Nazismus „sinnvoller“ wäre (Berg, Broder 2004: 129). Petra Bornhöft meint andererseits, dass seit einigen Jahren in der deutschen Hauptstadt das Gedächtnisfieber grassiere, infolge dessen könne man, wenn man durch das Zentrum Berlins spazieren geht, die Übersicht darüber verlieren“, wo und welchen Opfern die nächsten Gedächtnisorte geweiht sind (Bornhöft 2007: 48). Wie die Publizistin bemerkte, entsteht neben den Denkmälern vor allem für die Opfer des Nazismus und der DDR-Diktatur auch „eine dritte Gruppe, die nicht mehr nur an die düstere Geschichte erinnern will“ (Bornhöft 2007: 49). Ein Beispiel dafür soll sogar das Denkmal der Freiheit und Einheit Deutschlands sein, das die in der Berliner Landschaft dominierenden „Denkmäler der deutschen Schande“³ sozusagen ausgleichen sollte. „Die Nation braucht auch das Gedächtnis an ihre Erfolge“ – behaupteten die Ideengeber (Buras 2009: 15).

³ Die Entscheidung über die Stiftung dieses Gedächtnisortes wurde von den deutschen Parlamentariern am 9. 11. 2007 getroffen. Zum Wettbewerb meldeten sich 525 Projekte an. Über das Denkmal für Freiheit und Einheit siehe: (Buras 2009: 15).

Die größten Emotionen hat jedoch in den letzten Jahren die Diskussion über die Bildung einer Gedenkstätte in Berlin hervorgerufen, die den in den Nachkriegsjahren aus den ehemaligen Ostprovinzen des Dritten Reiches vertriebenen Deutschen geweiht wäre. Die Debatte über die Konzeption des sog. Zentrums gegen Vertreibungen wurde Ende der 90-er Jahre des 20. Jahrhunderts von Aktivisten des Bundes der Vertriebenen (BdV) begonnen. Nach ein paar Jahren erhitzter Debatte auf beiden Oderseiten, schlossen die Parteien der sog. Großen Koalition im Herbst 2005 einen Kompromiss in dieser Sache, indem sie den Entschluss fassten, in der deutschen Hauptstadt ein sog. ‚Sichtbares Zeichen‘ zu schaffen, das an das Schicksal der nachkriegsvertriebenen Deutschen erinnern würde. Am 19. März 2008 hat die deutsche Regierung gemäß dem Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU den endgültigen Entschluss zur Gründung des sog. Sichtbaren Zeichens gegen Flucht und Vertreibung in Berlin gefasst (Flucht und Vertreibung aufarbeiten 2008; Wieliński 2008a: 11). Im September 2008 wurde ein Gesetzesentwurf über die Gründung der Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ und der ihr zu unterstellenden Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (Gesetzesentwurf 2008: 1-32)⁴ vorgestellt. Das Dokument sah die Umgestaltung des Deutschen Historischen Museums in eine selbständige Stiftung vor, der direkt die „unselbständige“ Stiftung des öffentlichen Rechtes „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ unterstehen sollte. Den Regierungsannahmen gemäß sollte das Grundziel der Stiftung sein, die Frage der Flucht und Vertreibungen im 20. Jahrhundert in Erinnerung zu bewahren und ihr zu gedenken (Gesetzesentwurf 2008: 1). Laut den Eintragungen im Dokument sollten den Stiftungsrat ursprünglich 13 Mitglieder bilden, die nach dem folgenden Schlüssel gewählt werden sollten: Zwei vom Bundestag ernannte Mitglieder, je ein vom Außenministerium, ein vom Innenministerium und ein vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ernanntes Mitglied, drei vom Deutschen Vertriebenenbund ernannte Mitglieder, je eines von der Evangelischen Kirche, von der Katholischen Kirche und eines vom Zentralrat der Juden in Deutschland. Der Präsident sowie der Vizepräsident der Stiftung „Haus der Geschichte der BRD“ sollten ebenfalls automatisch Mitglieder des Gremiums sein (Gesetzesentwurf 2008: 13).

Das Gesetz wurde am 4. Dezember 2008 durch den deutschen Bundestag verabschiedet, zwei Wochen später wurde es auch vom Bundesrat bestätigt (Wieliński 2008b: 9). Anfang 2009 ernannte das Präsidium des Vertriebenenbundes einstimmig drei Mitglieder und ihre Vertreter für den Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, wobei Erika Steinbach zur Präsidentin gewählt wurde (BdV

⁴ Der Gesetzesentwurf war auch auf der offiziellen Seite der deutschen Bundesregierung zugänglich: www.bundesregierung.de. Zugriff am 5.09.2008.

Pressemitteilung 2009a: 1)⁵. Die Ankündigung der Teilnahme Steinbachs am Stiftungsrat rief an der Weichsel die nächsten Diskussionen hervor. Władysław Bartoszewski sollte in einem der Interviews die BdV-Vorsitzende mit dem britischen lefebvrianer Bischof Richard Williamson vergleichen, der den Holocaust leugnet (BART 2009a: 12).⁶ Eine kritische Einstellung zur Chefin des BdV nahmen auch andere führende polnische Politiker ein. Im Ergebnis machte der Bund der Vertriebenen am 4. März 2009 offiziell den Verzicht seiner Vorsitzenden auf die Teilnahme am Stiftungsrat bekannt (BdV Pressemitteilung 2009: 1-2). Die BdV-Mitglieder behaupteten gleichzeitig, dass sie durch diese Entscheidung dazu beitragen wollten, dass eine neue Stiftung möglichst bald ihre Tätigkeit aufnimmt, wobei sie versicherten, dass das BdV-Präsidium mit seiner Präsidentin Erika Steinbach nicht der „billige Vorwand“ dafür sein wolle, das Stiftungsgesetz nicht in die Tat umzusetzen und so die Stiftung „auf den letzten Metern“ noch zu verhindern. Nichts würde den Gegnern des Projektes mehr Freude bereiten. ‚Wir wollen die nicht durch uns verursachte Blockade auflösen‘ ist die deutliche Botschaft des BdV. Aus diesem Grunde, und nur aus diesem Grunde, habe das Präsidium des BdV das Angebot seiner Präsidentin angenommen, sie vorläufig nicht für den Stiftungsrat zu benennen. – wie man in der Mitteilung lesen kann (BdV Pressemitteilung 2009b: 2). In dieser Erklärung betonte man jedoch, dass es einen „Übergangscharakter“ habe, dass im Stiftungsrat vom Bund der Vertriebenen „ostentativ“ eine freie Stelle gelassen wurde (BdV Pressemitteilung 2009b: 2).

Die Politik des leeren Stuhls des BdV rief Diskussionen auf beiden Seiten der Oder hervor. Die Zufriedenheit mit der Entscheidung wurde unter anderem vom polnischen Außenminister Radosław Sikorski ausgedrückt („Czy czerwony może być zbawiony?“ 2009: 16). Eine andere Stellung dazu nahm Jarosław Kaczyński ein. Ihm zur Folge habe die Entscheidung darüber, die BdV-Präsidentin von diesem Projekt wegzuschieben, das Grundproblem nicht gelöst, da die Idee der Einrichtung nur auf deutsche Vertriebene abziele. „Es ist in Wirklichkeit eine Anzweiflung der moralischen Rechte der Polen für westliche und östliche Gebiete – beurteilte der PiS-Politiker (PW, PAP 2009: 6). Nach der Meinung des Sejm marschalls Bronisław Komorowski jedoch sollte diese Entscheidung davon zeugen, dass „es in Deutschland große Vorräte des Verständnisses“ für die Milderung der sich aus der „dramatisch schwierigen polnisch-deutschen Geschichte“ ergebenden Spannungen gibt (PW, PAP 2009: 6). Einer ähnlichen Meinung war Markus

⁵ Neben der BdV-Präsidentin wurden auch Christian Knauer und Albrecht Schläger nominiert. Auf der Ersatzliste waren Adolf Fetsch, Bernd Fabritius und Oliver Dix.

⁶ Bartoszewski soll gesagt haben, dass „man den Eintritt Steinbachs mit dem Sichtbaren Zeichen damit vergleichen kann, als ob der Holocaust leugnende Bischof Williamson der spezielle Abgeordnete des Vatikans in Israel wäre“.

Meckel. „Das ist eine fantastische Nachricht für die polnisch-deutschen Beziehungen. Es verschwindet das letzte Hindernis auf dem Weg zum Bau des ‚Sichtbaren Zeichens‘. Es verschwindet auch der Groll, der uns den Dialog erschwerte. Es ist gut, dass Frau Steinbach die Situation verstand und selbst verzichtet.“ – überzeugte der SPD-Politiker (Die Deutschen über die Zurückziehung Steinbachs Kandidatur 2009a:6)

Einer anderen Meinung war jedoch ein Teil der Politikern der deutschen CDU. Nach Karl-Georg Wellmann war die Weise, auf die Polen die Sache von Steinbach erledigt hat, fatal (Niemcy o wycofaniu kandydatury Steinbach 2009b: 6). Wie er behauptete, werde die Kritik an der BdV-Präsidentin, besonders von Władysław Bartoszewski, zur Verschlechterung der polnisch-deutschen Beziehungen führen. „Es entstand eine schlechte Atmosphäre, die sich negativ auf unsere Beziehungen auswirkt“ – war der für die Kontakte mit Polen verantwortliche CDU-Vertreter überzeugt (Niemcy o wycofaniu kandydatury Steinbach 2009b: 6). Norbert Lammert vertrat eine ähnliche Haltung. In seinem Brief an Władysław Bartoszewski verteidigte der Vorsitzende des Bundestags die BdV-Präsidentin, indem er behauptete, dass „ihr Bild in der polnischen Öffentlichkeit (...) auf der unvollständigen, manchmal irrtümlichen oder stark dämonisierenden Information in den Medien gegründet ist, wozu auch die Politiker aus beiden Ländern beigetragen haben (Lammert 2009: 16).⁷ Der deutsche Politiker, während er darauf aufmerksam macht, dass er „nicht alle Ansichten“ Steinbachs teilt⁸, beurteilte zugleich die Stellung der BdV-Präsidentin positiv. „Ich schätze ihr ernstes und glaubwürdiges Engagement für das Gedächtnis und die Versöhnung, besonders in den polnisch-deutschen Beziehungen. Keiner von ihren Vorgängern an der Stelle des Vorsitzenden des föderalen Bundes der Vertriebenen widersetzte sich mit größerem Eigensinn und Erfolg den Vereinfachungen in der Schilderung der Geschichte und der falschen Ansprüche“ – behauptete er (Lammert 2009: 16). Bartoszewski verteidigte jedoch seine Stellung. „Ich habe den Eindruck, dass man in Deutschland die konsequent widerwillige Haltung der Abgeordneten Steinbach zu den Polen zu leicht vergisst. Eine Haltung, für die es seit vielen Jahren Beispiele konkreter Taten gibt.“ – war der ehemalige polnische Außenminister in seinem Brief an den Vorsitzenden des Bundestages überzeugt (Bartoszewski 2009: 2).

Viele Kommentatoren sind sich darüber einig, dass den ausschlaggebenden Einfluss auf die Entscheidung in dieser Frage die deutsche Kanzlerin hatte, die sich schließlich nicht für eine offizielle Mitteilung darüber entschloss. Darüber sprach u. A. der polnische Regierungssprecher Paweł Graś, indem er feststellte, dass der

⁷ Der Brief wurde auch in der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht.

⁸ „(...) im Gegenteil zu ihr stimmte ich sowohl für das polnisch-deutsche Grenztraktat, und unterstützte den polnischen EU-Eintritt entschieden. Dafür stimmte übrigens im Bundestag auch Frau Steinbach.“

Verzicht Steinbachs ein Effekt von früheren Bestimmungen zwischen der deutschen Kanzlerin und Władysław Bartoszewski war (PW, PAP 2009: 6). Nach Jan Korte und Gerd Wiegel zeugte „das öffentliche Schweigen“ Merkels über das Problem der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen davon, dass sie den „Rückfall in die offene Konfrontation“ aus den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts zu vermeiden versuchte (Korte, Wiegel 2009: 13). Nach Bartosz T. Wieliński „war die Situation Merkels nicht leicht, weil sie die Chefin des Bundes der Vertriebenen aus dem Stiftungsrat gegen den Willen des Teiles der Partei ausschloss, während sie auf gute Relationen mit Polen setzte (Wieliński 2009a: 9).

Wie ein polnischer Publizist bemerkte, drohte der deutschen Kanzlerin bei ihrer Entscheidung über das Beiseiteschieben der BdV-Vorgesetzten von dem Projekt einige Monate vor der Bundestagswahl, auch „de[r] Unterstützungsverlust der hunderttausenden Nachkommen von Vertriebenen.“

Die Kritische Haltung der Mehrheit der polnischen Politiker angesichts der Tätigkeit von Erika Steinbach wurde auch vom ehemaligen Oppositionellen Waldemar Kuczyński negativ beurteilt. „Ich bin der Meinung, dass die Deutschen, so wie wir und jede andere Nation, Recht haben, ihre eigene Geschichte selbst zu schreiben und niemand sollte versuchen ihnen zu diktieren, wie sie sie schreiben müssen.“ „Ich bin der Meinung, dass wir Erika Steinbach in Ruhe lassen sollten, aufhören sollten sich mit jedem ihrer Schritte oder Worte zu beschäftigen und nicht die Alarmglocken des Landes zu schlagen, selbst wenn sie in die neue Stiftung ginge“, überzeugt er, und schlägt gleichzeitig „im Namen der historischen Wahrheit und Versöhnung“ die Teilnahme polnischer Experten am Projekt vor.

Eine ambivalente Beziehung zur Kritik an der Chefin des BdV hatte auch Paweł Świeboda. Als er meinte, der Rücktritt Steinbachs sei einerseits „ein Grund zur Genugtuung“, andererseits aber „ist die Freudeneuphorie zumindest nicht ratsam und kann sogar schädlich sein.“ „Wenn irgendein Staat anfängt, persönliche Feinde zu haben, zeugt das nicht von seinem Zustand und es ist ein Syndrom vom Mangel an politischer Strategie“, hob der Chef des Forschungszentrums der europäischen Strategie DemosEuropa hervor (Świeboda 2009: 23).

Seiner Meinung nach, verursacht „der Kampf mit einem symbolischen Feind“, sogar wenn sein Ziel „die Festigung der historischen Wahrheit“ ist, eine Situation in der im öffentlichen Raum „wenig Platz“ für Lösung der wirklichen Probleme übrig bleibt (Świeboda 2009: 23).

Die Debatten um die Frage der Mitgliedschaft Steinbachs in dem neu entstandenen Stiftungsrat „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ kehrten nach den Bundestagswahlen, die Ende September 2009 stattgefunden hatten, zurück. Nach der Bildung der so genannten „schwarz-gelben“ Koalition, ist der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle zum Vizekanzler und Außenminister geworden (BART 2009b:8). Der Liberalen-Chef schätzte den Verzicht Steinbachs als „gescheite Entscheidung“

(Lepiej żeby tarczy nie było 2009: 13) ein. Schon zwei Tage nach der Vereidigung der neuen deutschen Regierung, ist der FDP-Chef auf seiner ersten Auslandsreise nach Warschau geflogen (BW 2009: 11). Sich auf die Angelegenheit der Nomination Steinbachs beziehend, verkündigte er, dass diese Frage „sehr klar und einfach zu erledigen ist“ (Wroński 2009: 5). „Wir wollen, dass es ein Unternehmen ist, das unsere Länder zusammenbringt, dass es ein Projekt von unserem Verständnis füreinander und der Versöhnung miteinander ist. Wir machen alles, um dies nicht zu stören“, betonte der deutsche Politiker (Wroński 2009: 5).

Der Bund der Vertriebenen kam auf die Angelegenheit der Ernennung seiner Vorsitzenden am Anfang des Jahres 2010 zurück. In der am 5. Januar herausgegebenen Erklärung des BdV legte die Chefin der Organisation Bedingungen vor, unter denen sie auf den Anteil in der neu entstandenen Stiftung verzichten könne. „Im Interesse der Stiftung und der 15 Millionen deutschen Vertreibungsoffer ist es dringend nötig, den gordischen Knoten, der durch politische Kräfte bewusst geschlungen wurde, zu lösen“ – versicherte die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, gleichzeitig die Bedingungserfüllung fordernd (BART 2010: 9; BdV Pressemitteilung 2010a: 1-2)⁹. Die Chefin des Bundes der Vertriebenen machte zugleich deutlich, dass ihre Anwesenheit in dem Rat der neuen Gedenkstätte über Vertreibungen nach der Forderungserfüllung, nicht mehr „notwendig“ sei (BdV Pressemitteilung 2010a: 2).

Die Bedingungen der Vorsitzenden des BdV wurden der deutschen Regierung vorgelegt. Dennoch löste die Politik der BdV-Vorsitzenden viele negative Kommentare aus. Alice Bota bezeichnete die Forderungen Steinbachs als zu hoch (Bota 2010: 10).

Ihrer Meinung nach, seien manche dieser Forderungen überlegenswert gewesen. Jedoch solle die Regierung auf den Verzicht Steinbachs und die gleichzeitige Forderung nach dem Umbau des Stiftungsrates „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nicht eingehen. „Dieser Preis wäre zu hoch“ – war sie überzeugt (Bota 2010: 10). Der Vorschlag Steinbachs stieß ebenfalls bei einigen Stiftungsratsmitgliedern auf

⁹ Es ging um: man wollte durch die Absonderung vom Deutschen Historischen Museum sowie durch Umgestaltung zur Stiftung des öffentlichen Rechts Bewilligung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ größere Selbstständigkeit verschaffen. Die Stiftung sollte die Rechtsfähigkeit besitzen; ebenso wollte man die Streichung der Berufungs- und Bestätigungszweistufigkeit der Stiftungsratsmitglieder und die Einführung des Rechtsgangs, der die „politische Pflugschaft“ in der Zukunft ausschliesse; die Vergrößerung der Vertreterzahl des Bundes der Vertriebenen im Stiftungsrat, sodass er, im höheren Maße als bisher, unterschiedliche Regionen der deutschen Ansiedlung und der Verweisungen widerspiegeln könnte; den Einschluss in die Stiftung des Archivs in Bayreuth, in dem sich die Dokumentation befindet, die die Entschädigung für den infolge der Aussiedlung der Deutschen entstandenen Vermögensschaden, betrifft (das so genannte Lastenausgleichsarchiv); die Überweisung, zur Verfügung neuer Stiftung, der ganzen Fläche des Deutschlandhausgebäudes, in dem die neue Niederlassung den Sitz haben wird, um sowohl die Geschichte der deutschen Vertriebenen, als auch anderer „Vertriebener“, „adäquat“ darstellen zu können.

Kritik, so u.a. beim Vizevorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Salomon Korn, der die Forderung der BdV-Chefin, welche die Vergrößerung der Einwirkung von Vertriebenen in der neuen Niederlassung betraf, als negativ schätzte (Dpa 2010). Einer ähnlichen Meinung war auch der Hamburger Geistliche Hans-Jochen Jaschke, der in den Spalten der Wochenschrift „Die Zeit“ u.a. beurteilte, dass die Vorsitzende des BdV mit ihrem Benehmen „der Versöhnungsidee schadet“ (Jaschke 2010: 11). Die Kritik der Handlungen Steinbachs von Seiten beider Mitglieder der Stiftungsrat „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ fand negative Reaktion im Bund der Vertriebenen. In einer diese Angelegenheit betreffenden Erklärung beurteilte die Hauptschriftführerin des Bundes der Vertriebenen, Michaela Hriberski, diese Aussagen teilweise als „mehr als erstaunlich“ (BdV Pressemitteilung 2010b: 1).

Ihrer Meinung nach, geht es in diesem Fall ausschließlich nicht um die Kritik der Ideen des Bundes der Vertriebenen, sondern um eine „Infragestellung des Stellenwert des BdV“ für die Vertretung der Anliegen der Vertriebenen in der neu entstehenden, den Vertreibungen gewidmete Stiftung (BdV Pressemitteilung 2010b: 1).

Laut der Umfrage, die Anfang Januar 2010 auf der Internetseite der deutschen konservativen Tageszeitung „Die Welt“ veröffentlicht wurde, ist eine Mehrheit der Befragten für die Teilnahme der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Die Studie zeugte zugleich von einem großen Interesse der deutschen Gesellschaft an dieser Angelegenheit.¹⁰

Die Einigung in dieser Frage wurde endgültig im Januar 2010 erzielt. Die Mitglieder der deutschen Regierung sind auf die Erweiterung des Aufsichtsrates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, von 13 auf 21 Mitglieder eingegangen. Bei dieser Veränderung profitierte vor allem der Bund der Vertriebenen, der sechs seiner Vertreter in dieses Gremium entsenden darf, also doppelt so viele wie ursprünglich geplant. Zusätzliche Stellen wurden gleichfalls den Bundestagsvertretern, der katholischen und evangelischen Kirche sowie dem Zentralrat der Juden verliehen (Wieliński 2010a: 12)¹¹. Als ein nächstes Zugeständnis dem BdV gegenüber, soll man die Tatsache erkennen, dass die Bundesregierung auf

¹⁰ Nur an einem Tag nahmen an der Umfrage über 9 Tausend Menschen teil. Für die Ernennung Steinbachs stimmten 61% der Befragten, behauptend, dass sie die Vertriebenen „gut“ vertrete. 32 % waren gegnerischen Meinung. („Es wäre eine unnötige Provokation“). Nur für 7% der Befragten war die Frage „gleichgültig“. Siehe: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5740489/Warum-Steinbachs-Kuhhandel-unannehmbar-ist.html>. Zugriff am 06.01.2010.

¹¹ Während der Diskussion über die Vergrößerung des Stiftungsrats „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ erschien auch die Idee, in seinen Kreis gleichfalls einen Vertreter des Islams zu berufen. Nämlich, wie Tim Völkerling bemerkte, auch Muslime seien Opfer von Vertreibungen. Der Befürworter dieser Lösung meinte außerdem, dass der muslimische Vertreter ein Teil der Menschen, die in der Zukunft die Niederlassung besichtigen, zugleich vertreten werde. (Völkerling 2010:11).

die Bewilligung der Aufsichtsratsbesetzung verzichtet hat, wofür jetzt der Bundestag verantwortlich zeichnet.

Es wurde auch in die Vergrößerung der geplanten Ausstellungsfläche von 2.252 auf 3.000 m² eingewilligt. Außerdem wurde die Entscheidung getroffen, dass die sich im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth befindenden Daten bei der Gründung der neuen Gedenkstätte eingesetzt, digitalisiert und in die neue Gedenkstätte integriert sein sollten (BdV Pressemitteilung 2010c: 1). Doch früheren Forderungen des BdV zum Trotz, blieb die Stiftung unter der Hoheit des Deutschen Historischen Museums. „Ich bin sehr zufrieden. In dieser Angelegenheit gibt es weder Sieger noch Verlierer“, versicherte Steinbach (Wieliński 2010a: 12). Die Vorsitzende des BdV erklärte gleichzeitig, dass sie sich „nicht mehr um die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Stiftung bewerben muss“, was der BdV-Vorstand bestätigt habe (BdV Pressemitteilung 2010c: 1).

Bei dem „Gedenkfieber“ Berlins wird auch Polen nicht vergessen. Zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer beschlossen die Deutschen, gemeinsam mit ihren Ostnachbarn die Rolle der „Solidarność“ in den demokratischen Veränderungen von 1989 zu würdigen. „Es begann um zwölf Uhr mittags“ – ein Plakat mit der Parole, die man im Frühling 2009 auf vielen Plätzen Berlins finden konnte, erinnerte an den Beitrag der polnischen Freiheitsbewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Ende Mai wurde in einem der Parlamentsgebäude eine Ausstellung unter dem Titel „Friedliche Revolution – Weg zur Freiheit“ geöffnet, bei der man die Geschichte der polnischen demokratischen Bewegung im Kampf gegen das kommunistische Regime dargestellt hat (Wieliński 2009c: 6).

„Die Ausstellung ist ein Beweis dafür, was beide Länder verbindet“ – versicherte der Bundestagspräsident Norbert Lammert (Wieliński 2009c: 6).

Die vom Europäischen Solidarność-Zentrum in Danzig vorbereitete Ausstellung konnte man in Berlin bis zum 17. Juni besuchen.¹² An diesem Tag vollzogen die Parlamentsvorsitzenden beider Länder vor dem historischen Reichstagsgebäude die feierliche Enthüllung eines Stücks der Danziger Werftmauer, zusammen mit einer Denktafel, welche an die Verdienste der „Solidarność“ beim Sturz der Berliner Mauer erinnert.¹³ Lammert sagte in seinen Dankesworten über „den erfolgreich gekrönten Freiheitskampf“ der Polen, dass das Denkmal ein „sichtbares Zeichen der Erinnerung an eine oft nicht einfache, nicht immer glückliche, aber gemeinsame Geschichte Deutschlands und Polens“ ist (Wieliński 2009d: 6).

Damit knüpfte er an den Konzeptionsnamen des Gedenkortes an, der den vertriebenen Deutschen gewidmet werden sollte. Nach Bartosz Wieliński war dieses

¹² Der 17. Juni knüpfte an den Arbeiteraufstand in Ostberlin, zu dem es im Jahre 1953 gekommen war.

¹³ Auf der Denktafel steht folgender Satz: „Dla upamiętnienia walki ‘Solidarności’ o wolność i demokrację oraz wkładu Polski w ponowne zjednoczenie Niemiec i polityczną jedność Europy”.

Ereignis ein weiteres Anzeichen der Normalisierung in den gegenseitigen Beziehungen und gleichzeitig ein Zeugnis der deutschen Erinnerung an die Verdienste der polnischen Freiheitsbewegung.

„Man kann sich beschweren, dass die Deutschen erst jetzt, und nicht beispielsweise vor zehn Jahren, ein Denkmal für die „Solidarność“ aufgestellt haben (...) Aber trotz alledem geschah in Berlin etwas Besonderes“, meinte der Publizist. Vom 27. Mai bis zum 6. September 2009, zeigte man im Berliner Deutschen Historischen Museum eine gemeinsame Ausstellung, die mit dem Titel „Deutsche und Polen. Abgründe und Hoffnungen“ versehen wurde. Nach Piotr Buras „ist diese Ausstellung ein Werkzeug der Geschichtspolitik Berlins in den verwirrten Beziehungen zu Polen. Und ihr Hauptrezensent ist eben die polnische und nicht die deutsche Öffentlichkeit“, meinte der Publizist. Paweł Machcewicz vertrat dagegen die Auffassung, dass „die Ausstellung keine Zweifel an der deutschen Verantwortung und an den an Polen verübten Verbrechen hinterlässt“ (Machcewicz 2009: 27).

Auch während der Feierlichkeiten anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls, die am 9. November 2009 stattgefunden haben, fehlt es nicht an polnischen Motiven. „Die Einheit unseres Landes wäre ohne unsere Nachbarn in Mittel- und Osteuropa undenkbar. Dafür sind und bleiben wir ihnen von Herzen dankbar“, sagte Angela Merkel an diesem Tag während ihres Auftritts (Wielński 2009g: 1). Lech Wałęsa stieß gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, dem Vorgesetzten der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso und dem ehemaligen ungarischen Regierungschef, Miklos Nemeth, die symbolischen Dominosteine, die für den Untergang der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa standen, um (BART 2009c: 3). Nach Anna Wolff-Powęska, wären die mit den Ereignissen von 1989 verbundenen Feierlichkeiten „eine Chance auf die Vergangenheit aus der Perspektive der Leistungen der zwei vorigen Dekaden zu blicken. Polen und Deutsche zeigten in Jahren 1989-90, das erste Mal seit 1848, was Solidarität im Schutz der wertvollsten Gabe, das ist der Freiheit, bedeutet“ (Wolff-Powęska 2009: 26).

Die Huldigung, die Deutsche der „Solidarność“ darbieten, ist in gewissem Sinne die Antwort auf die Befürchtungen der Polen, einen Gedächtnisort der den Vertriebenen gewidmeten soll, in der deutschen Hauptstadt, zu bauen. Historische Gesten nach Warschau aus Berlin sind ein eindeutiger Beweis dafür, dass die Deutschen, die immer lebhafter über die eigenen Kriegsoffer debattieren, die positive Rolle ihrer Ostnachbarn in der neuesten Geschichte der Bundesrepublik nicht vergessen. Die Diskussionen über die Jahrestagsfeierlichkeiten sind zugleich das beste Beispiel dafür, dass die Vergangenheit mehrmals den Ausschlag für die Zukunft geben wird.

Aus dem Polnischen von Anna Szewczuk und Natalia Nuszczyńska

Literatur:

- BART (2009c): *20 lat później Berlin oszalał na punkcie swojej historii*, „Gazeta Wyborcza”, 10-11.11.2009, Nr. 264, S. 3.
- BART (2009b): *Angela Merkel skompletowała rząd*, „Gazeta Wyborcza”, 24-25.10.2009, Nr. 250, S. 8.
- BART (2010): *Czego chce Erika Steinbach*, „Gazeta Wyborcza”, 5.01.2010, Nr. 3, S. 9.
- BART (2009a): *Niemiecki spór o Steinbach*, „Gazeta Wyborcza”, 26.02.2009, Nr. 48, S. 12.
- Bartoszewski, Władysław (2009): *Steinbach nas nie pojedna*, „Gazeta Wyborcza”, 11.03.2009, Nr. 59, S. 2.
- Berg, Stefan, Broder, Henryk M. (2004): *Jedem das Seine*, „Spiegel”, Nr. 2, S. 128.
- BdV Pressemitteilung (2010a): *Erika Steinbach: Für einen Weg der Vernunft in Sachen Stiftungsrat*, BdV Pressemitteilung, Bonn, 05.01.2010.
- BdV Pressemitteilung (2010b): *Übers Ziel hinausgeschossen*, Bonn, 15.01.2010.
- BdV Pressemitteilung (2010c): *Unsere Vorschläge der Vernunft sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Vetorecht fällt, Qualitätsgewinn für Stiftung*, BdV Pressemitteilung, Bonn, 11.02.2010.
- BdV Pressemitteilung (2009a): *Polen erpresst die Bundesregierung*, 17.02.2009.
- BdV Pressemitteilung (2009b): *„Wir wollen die nicht durch uns verursachte Blockade auflösen“*. *BdV-Präsidium lässt einen Stiftungssitz demonstrativ unbesetzt*, Bonn, 4.03.2009.
- Bornhöft, Petra (2007): *Inflation des Erinnerns*, „Spiegel”, Nr. 45, S. 48.
- Bota, Alice (2010): *Dann eben ohne*, „Die Zeit”, 7.01.2010, Nr. 2, S. 10.
- Buras, Piotr (2009): *Banan niemieckiej jedności*, „Gazeta Wyborcza”, 14.05.2009, Nr. 112, S. 15.
- BW (2009): *Westerwelle w Polsce*, „Gazeta Wyborcza”, 31.10-1.11.2009, Nr. 256, S. 11.
- *Czy czerwony może być zbawiony?* Jarosław Kurski i Marcin Wojciechowski w rozmowie z Radosławem Sikorskim (2009): „Gazeta Wyborcza”, 7-8.03.2009, Nr. 56, S. 16.
- Dpa (2010): *Zentralrat der Juden kritisiert Steinbach*, w: <http://www.welt.de/die-welt/politik/article5841770/Zentralrat-der-Juden-kritisiert-Steinbach.html>. Zugriff am 15.01.2010.
- *Flucht und Vertreibung aufarbeiten, Pressemitteilung zum Beschluss des Bundeskabinetts*, http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2008/03/2008-03-19-sichtbares-zeichen-gegen-flucht-und-vertreibung.html. Zugriff am 25.03.2008.
- *Gesetzentwurf zur Errichtung der „Stiftung Deutsches Historisches Institut“ und der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“*, Stand 3.09.2008.
- Gysi, Gregor (2005): *Provokation und Hoffnung*, „Der Spiegel Jahres-Chronik 2005”, S. 108-109.
- Jaschke, Hans-Jochen (2010): *Nicht in meinem Namen*, „Die Zeit”, 14.01.2010, Nr. 3, S. 11.
- Korte, Jan; Wiegel, Gerd (2009): *Einleitung*. In: *Sichtbare Zeichen. Die neue deutsche Geschichtspolitik – von der Tätergeschichte zur Opfererinnerung*, Jan Korte, Gerd Wiegel (Hg.), Papy Rossa Verlag, Köln.
- Kuczyński, Waldemar (2009): *Dajmy Steinbach spokój!*, „Gazeta Wyborcza”, 6.03.2009, Nr. 55, S. 26.
- Lammert, Norbert (2009): *Cenię pracę pani Steinbach*, „Gazeta Wyborcza”, 7-8.03.2009, Nr. 56, S. 16.
- *Lepiej, żeby tarczy nie było*. Rozmowa z przewodniczącym FDP Guidem Westerwellem (2009): „Gazeta Wyborcza”, 17.03.2009, Nr. 64, S. 13.
- Machcewicz, Paweł (2009): *Dwa bieguny niemieckiej pamięci*, „Gazeta Wyborcza”, 5.06.2009, Nr. 131, S. 27.
- *Niemcy o wycofaniu kandydatury Steinbach*. *Marcus Meckel poseł SPD* (2009a): „Gazeta Wyborcza”, 5.03.2009, Nr. 54, S. 6.
- *Niemcy o wycofaniu kandydatury Steinbach*. *Marcus Meckel poseł SPD* (2009b): „Gazeta Wyborcza”, 5.03.2009, Nr. 54, S. 6.
- Pięciak, Wojciech (2002a): *Niemiecka pamięć. Współczesne spory w Niemczech o miejsce III Rzeszy w historii, polityce i tożsamości (1989-2001)*, Wydawnictwo Uniwersytetu Jagiellońskiego, Kraków.
- PW, PAP (2009): *Steinbach już dziękujemy*, „Gazeta Wyborcza”, 5.03.2009, Nr. 54, S. 6.
- Rubinowicz-Gründler, Anna (2005a): *Pamięć Niemców*, „Gazeta Wyborcza”, 9.05.2005, Nr. 106, S. 16.
- Świeboda, Paweł (2009): *Polska-Niemcy: niby-miłość*, „Gazeta Wyborcza”, 10.03.2009, Nr. 58, S. 23.

- Trenkner, Joachim (2004): *Pomnik w Berlinie*, „Tygodnik Powszechny”, nr 28/1999. In: J. Trenkner, *Naród z przeszłością. Eseje o Niemczech*, Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Poznań.
- Völkering, Tim (2010): *Ein Muslim fehlt*, „Die Zeit”, 14.01.2010, Nr. 3, S. 11.
- Wieliński, Bartosz T. (2009g): *Berlin jednej Europy*, „Gazeta Wyborcza”, 10-11.11.2009, Nr. 264, S. 1.
- Wieliński, Bartosz T. (2009a): *Berlin rozgoryczony słowami Bartoszewskiego*, „Gazeta Wyborcza”, 7-8.03.2009, Nr. 56, S. 9.
- Wieliński, Bartosz T. (2009c): *Bez Polaków mur by nie runął*, „Gazeta Wyborcza”, 27.05.2009, Nr. 123, S. 6.
- Wieliński, Bartosz T. (2008a): *Czas na widoczny znak*, „Gazeta Wyborcza”, 20.03.2008, Nr. 68, S. 11.
- Wieliński, Bartosz T. (2009b): *Merkel postawiła na Polskę*, „Gazeta Wyborcza”, 5.03.2009, Nr. 54, S. 2.
- Wieliński, Bartosz T. (2009d): *Niemcy dziękują „S”*, „Gazeta Wyborcza”, 18.06.2009, Nr. 141, S. 6.
- Wieliński, Bartosz T. (2009e): *Polski symbol w Berlinie*, „Gazeta Wyborcza”, 18.06.2009, Nr. 141, S. 2.
- Wieliński, Bartosz T. (2010a): *Rada bez Steinbach*, „Gazeta Wyborcza”, 12.02.2010, Nr. 36, S. 12.
- Wieliński, Bartosz T. (2009f): *W Berlinie wielka wystawa o Polsce*, „Gazeta Wyborcza”, 28.05.2009, Nr. 124, S. 4.
- Wieliński, Bartosz T. (2008b): *Widoczny Znak na końcu drogi*, „Gazeta Wyborcza”, 20-21.12.2008, Nr. 297, S. 9.
- Wolff-Powęska, Anna (2009): *Polak z maczugą walczy o pamięć*, „Gazeta Wyborcza”, 21-22.03.2009, Nr. 68, S. 26.
- Wóycicki, Kazimierz (2003): *Holocaust w niemieckiej i polskiej świadomości*. In: *Polacy i Niemcy. Historia – kultura – polityka*, Andreas Lawaty, Hubert Orłowski (red.), Wydawnictwo Poznańskie, Poznań.
- Wroński, Paweł (2009): *Erika Steinbach to nie problem?*, „Gazeta Wyborcza”, 2.11.2009, Nr. 257, S. 5.